

Antrag der Fraktionen FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Lärmschutz an Bahnstrecken und Schienenfahrzeugen verbessern

Die Verlagerung von Verkehr im Personen- und Güterbereich auf die Schiene ist sowohl umweltpolitisch sinnvoll als auch ein Beitrag zur Vermeidung von Verkehr auf der Straße und in der Luft und trägt somit auch entscheidend zur Lärmvermeidung an anderer Stelle bei.

Gleichzeitig ist der Schienenverkehr im Land Bremen eine der Hauptlärmquellen, was zuletzt auch in der vorgelegten Lärmkartierung deutlich wurde. Dies mindert nicht nur die Lebensqualität vieler Menschen in unserer Stadt, sondern kann auch die Gesundheit beeinträchtigen. In Folge der längerfristig steigenden Umschlagszahlen im Güterverkehr und der notwendigen Anbindung des Jade-Weser-Ports ist zukünftig mit noch mehr Eisenbahnverkehr zu rechnen. Das Ziel aller Anstrengungen muss daher ein möglichst lückenloser und umfassender Lärmschutz sein. Neben dem Bau von Lärmschutzwänden und der Entdröhnung von Brücken muss auch die Lärmvermeidung am Gleisbett und vor allem an den Fahrzeugen vorangetrieben werden. Dies muss durch die Einführung verbindlicher Standards möglichst auf europäischer Ebene vorangetrieben werden, um ausländische und sonstige private Betreiber mit einzubeziehen.

Die Hauptverantwortung für Maßnahmen und Richtlinien im Schienenverkehr liegt dabei vorrangig auf Bundesebene. Hier muss sowohl auf eine Absenkung der Grenzwerte wie auch auf die Förderung der Erforschung lärmarmere Fahrzeuge hingewirkt werden. Es bleibt erforderlich, das Lärmschutzprogramm der Deutschen Bahn aufzustocken.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Deutsche Bahn zu einer deutlichen Aufstockung der Mittel für das Lärmsanierungsprogramm aufzufordern um das Ziel des lückenlosen Lärmschutzes an innerstädtischen Hauptverkehrsstrecken zu erreichen,

2. sich auf Bundesebene für eine Förderung von lärmindernden Maßnahmen an Schienenfahrzeugen und Strecken einzusetzen,
3. alle bestehenden Möglichkeiten zu nutzen, um auf EU-Ebene darauf hinzuwirken, dass europaweit zeitnah Lärmschutzmaßnahmen umgesetzt und geräuscharme Schienenfahrzeuge eingesetzt werden,
4. auf Bundesebene auf eine Gleichbehandlung verschiedener Lärmarten durch die Abschaffung des sog. Schienenbonus von 5 dB (A) in der Bundes-Immissionsschutzverordnung hinzuwirken,
5. sich für eine Absenkung der Sanierungsgrenzwerte in der Bundes-Immissionsschutzverordnung auf 55 dB(A) nachts und 65 dB(A) tags einzusetzen,
6. sich für Anreize zu lärmindernden Zugzusammenstellungen einzusetzen.

Dr. Magnus Buhler, Bernd Richter, Uwe Woltemath und Fraktion der FDP

Jens Dennhardt, Reimund Kasper, Manfred Oppermann, Björn Tschöpe und
Fraktion der SPD

Dr. Maike Schaefer, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen